



Mitteilungsblatt 10/2010

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins soll in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz möglichst regelmäßig erscheinen. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind.

Unsere Bitte ist: Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

Zur Sache:

Den Stadtrat bewegt zur Zeit das Thema **Klinikum**. Die Behandlung dieses Themas durch CDU/FDP, Bürger für Görlitz und LINKE fügt sich dabei, nicht unerwartet, in deren bisheriges Handlungsschema ein. Es ist deshalb sinnvoll, einige Ereignisse der vergangenen Jahre kurz in Erinnerung zu rufen.

Es ist bekannt, dass seit der Wende alle Oberbürgermeister ihre Arbeit für die Stadt gegen starken Widerstand im Stadtrat leisten mussten. Bekannt ist auch, dass von jedem Oberbürgermeister, kaum war er gewählt, von bestimmten Stadträten verbreitet wurde, dass dieser seinem Amt nicht gewachsen sei. Dazu einige Beispiele aus der Amtszeit des derzeitigen Oberbürgermeisters:

1. Ein wichtiges, wenn auch die wahren Verhältnisse verschleiernendes Argument der Fraktion „Bürger für Görlitz“ im Wahlkampf gegen Oberbürgermeister Paulick war, dieser wolle nicht das Helenenbad. Einen Tag vor der Wahl inserierte Dr. Weidle in der SZ in etwa: Wählt mich, dann bekommt Ihr das Helenenbad.. Dieses Versprechen, das unseren Wählerverein eine große Zahl an Stimmen gekostet hat, wurde von Dr. Weidle bis heute nicht eingelöst. Dagegen hat OB Paulick – trotz der nicht sehr feinen Gegnerschaft des Vereins im Wahlkampf – dafür gesorgt, dass dem AUR (Arbeitsmarkt- und Regionalentwicklung e.V.) das Gelände des Helenenbades für eine eher symbolische Zahlung überlassen wurde. Walter von der Vogelweide hätte über diese Reaktion des OB gesagt: Er „tuot adelichen“, das heißt, er handelte wie ein Herr, nur im Bewusstsein seiner Pflicht gegenüber Görlitzer Bürgern.

2. Erblast des Oberbürgermeisters nach der Wahl war das Problem „Stadtreinigung“. Dieses Thema wurde von CDU/FDP, BfG/Grüne und den Linken weidlich genutzt, um dem Oberbürgermeister in der Öffentlichkeit – eigentlich aber der Stadt - zu schaden. OB Paulick verhinderte die von diesen Parteien geforderten Vermögensverschiebungen zum Schaden der Stadt. Erst in diesem Jahr entledigte sich Landrat Lange der weiteren Befassung mit diesem Problem durch einen Vergleich mit den ehemaligen Aufsichtsräten und dem ehemaligen Geschäftsführer, der die Stadtkasse immerhin 200 000 Euro kostete. Ob aber damit Ruhe in die Stadt eingebracht ist, bleibt angesichts neuer Aktivitäten Michael Hannichs abzuwarten.

3. Regelmäßig hörten wir die Anklagen von Dr. Weidle und anderen Herren, der Oberbürgermeister wolle die Stadthalle nicht. Außerdem sei er nicht in der Lage, die Wiederherstellung dieses Hauses zu organisieren. Inzwischen hat der Oberbürgermeister durch eine konsequente Haushaltspolitik die Stadt finanziell so weit saniert, dass eine Rekonstruktion der Stadthalle zumindest denkbar ist.

Nachdem alle diese Vorgänge viel Kraft und Zeit gekostet, aber nicht den gewünschten Erfolg – die Beschädigung des Ansehens von Oberbürgermeister Paulick – gebracht haben, beginnen mit den Vorgängen um das **Klinikum** erneute Versuche, die juristisch aber diesmal fast schon als kriminell eingestuft werden müssen und die dem Klinikum schweren Schaden zufügen oder noch zufügen können..

Kurz das Problem: In der gesamten Bundesrepublik gibt es kaum noch Kliniken, die Gewinne erwirtschaften. In Görlitz hat die vorzügliche Arbeit der Geschäftsführung bis heute große Gewinne erwirtschaften können, die der Modernisierung und dem Ausbau des Klinikums zu Gute kamen. Diese Arbeit wird vom jetzigen Geschäftsführer fortgeführt. Gleichzeitig wird durch Verbreiterung des Krankenhausangebotes und durch Zusammenarbeit mit anderen Kliniken versucht, in den immer teurer werdenden Medizinfeldern an der Spitze zu bleiben. Entscheidend dafür ist eine auf lange Dauer angelegte, ungestörte Geschäftspolitik. Diese wird bei allen Ausgaben oder Stellenbesetzungen ganz selbstverständlich berechnen, ob dem entsprechende Einnahmen gegenüberstehen .

Diese Vorgänge zu überwachen oder gegebenenfalls zu korrigieren, ist Aufgabe des Aufsichtsrates, einem Gremium, das von den Parteien und Gruppen des Stadtrates und der Belegschaft des Klinikums gewählt wird. Dieses Gremium ist gesetzlich verpflichtet, jede Mitteilung über die hochsensiblen und nur insgesamt zu beurteilenden Vorgänge an die Öffentlichkeit zu unterlassen. Gegen dieses Gesetz wurde von einem Aufsichtsratsmitglied verstoßen und der Öffentlichkeit Geschäfts- Zahlen mitgeteilt, die – da isoliert vom Gesamtzusammenhang mitgeteilt - die Öffentlichkeit sehr irritierten. In der SZ gab Herr Freudenberg (BfG) noch eins drauf, griff den Aufsichtsratsvorsitzenden an und stellte sich hinter diesen Rechtsbruch.

Natürlich muß man bei diesen ungesetzlichen Handlungen fragen: Wem soll das nutzen? Sicher ist: es schadet dem Klinikum.

Nun hatten Stadträte dieser Parteien, um diese sensiblen Daten öffentlichkeitswirksam zu behandeln, eine Sitzung des Stadtrates beantragt. Warum auch immer, zur Sitzung sind sie dann aber nicht erschienen. - Da wurde eine ganze, Kosten verursachende Organisation in Gang gesetzt, alle Stadträte einbestellt – und dann erscheinen die Antragsteller nicht. Das zeigt die merkwürdigen Zustände in Görlitz. Welche Behörde lässt sich so behandeln? Erhebliche Folgen für solch leichtfertiges Tun sollte man eigentlich erwarten.

Trotz allem: Wichtig ist, dass alle unsere Bemühungen darauf zielen, das Klinikum möglichst schnell wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen, damit die Zukunft unseres Görlitzer Tafelsilbers ungeschmälert sicher bleibt.

Ihr Dr. Peter Gleißner